

Agenda-Büro



Lokale Agenda 21 in kleinen Gemeinden

Ein Praxisleitfaden mit Beispielen

Überarbeitete Fassung 2001



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752, 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721-983-1414

E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Inhaltsverzeichnis

1.	Was ist eine Lokale Agenda 21?	4
2.	Beispiele für eine Lokale Agenda 21 in kleinen Gemeinden	5
	2.1 Agenda 21 in fünf kleinen baden-württembergischen Gemeinden	6
	2.2 Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“	7
3.	Was sollte beim Lokalen Agenda 21-Prozeß unbedingt beachtet werden?	9
4.	Wie startet man einen Lokalen Agenda 21-Prozeß?	11
5.	Wie erreicht die Lokale Agenda 21 den politischen Rückhalt in der Gemeinde?	13
6.	Wer ist Ansprechpartner und Koordinator des Agenda 21-Prozesses?.....	15
7.	Welche Themen sollen behandelt werden?.....	16
8.	Wie werden Arbeitskreise gebildet?	18
9.	Wie werden Ziele für eine nachhaltige Gemeindepolitik erarbeitet?.....	21
10.	Wie wird eine Bestandsaufnahme durchgeführt?.....	23
11.	Wie entsteht ein Aktionsprogramm bzw. ein Maßnahmenkatalog?	25
12.	Wie finden Sie Verantwortliche, legen Zeitrahmen und Budget für Maßnahmen fest? ..	27
13.	Wie werden Aktionsprogramm bzw. Maßnahmenkatalog institutionell verankert?.....	28
14.	Wie wird die Weiterführung des Agenda-Prozesses sichergestellt?	29
15.	Welche Rolle spielen offene Kommunikation und begleitende Öffentlichkeitsarbeit? ..	31
16.	Grundregeln: Lokale Agenda (LA 21) in Kleinen Gemeinden	33
17.	Anhang: Ansprechpartner und Literaturhinweise	35

Herausgeber:	Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU)
Überarbeitung:	Andreas Sippel, Alpenforschungsinstitut Garmisch-Partenkirchen (AFI)
Redaktion:	Gerd Oelsner, Agenda-Büro, LfU
Bestelladresse:	Agenda-Büro, Landesanstalt für Umweltschutz, Postfach 210 752, 76157 Karlsruhe
Stand:	Mai 2001

1. Was ist eine Lokale Agenda 21?

Agenda 21 Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das von mehr als 170 Staaten anlässlich der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 verabschiedet wurde. Sie ist Ausdruck einer politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich Entwicklung und Umwelt sowie eines weltweiten Konsenses, eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung anzustreben.

Mit ihren 40 Kapiteln verbindet die Agenda 21 das Postulat, eigene Ziele zu formulieren, Problemfelder zu erkennen sowie zu deren Optimierung geeignete Maßnahmen und Strategien zu erarbeiten, die gleichermaßen flexibel, effektiv und den örtlichen Verhältnissen angepaßt sind. Themen, die in den Kapiteln angesprochen werden, sind zum Beispiel: Förderung der Bildung, Kinder und Jugendliche, Frauen, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bevölkerungswachstum, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Abfall, empfindliche Ökosysteme, Schutz der Erdatmosphäre, Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft, Schutz der Wasserressourcen und Siedlungsentwicklung.

Nachhaltigkeit Der Schlüsselbegriff „Nachhaltigkeit“ kommt ursprünglich aus der deutschen Forstwirtschaft und bedeutet, daß dem Wald nur so viel Holz entnommen wird, wie auch nachwächst. Übertragen auf unser Wirtschaften heißt dies, nur von den Zinsen zu leben und nicht vom Kapital. In diesem Sinne bildet die Agenda 21 ein Konzept zur nachhaltigen Entwicklung, das die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt.

Kommunen sollen handeln Viele der in der Konferenz von Rio angesprochenen Probleme haben ihren Ursprung auf kommunaler Ebene. In Kapitel 28 der Agenda 21 sind daher ausdrücklich die Kommunen aufgefordert, lokale Aktionsprogramme zu erarbeiten, zu beschließen und umzusetzen. Dabei sind die Landkreise gleichermaßen angesprochen wie die Städte und Gemeinden in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum.

Die Lokale Agenda 21 bringt dabei einen langfristigen Prozeß in Richtung einer lebenswerteren Umwelt mit eigenverantwortlichen Bürgern in Gang: interessierte und betroffene Bürger lassen ihre Kreativität in gemeindliche Entscheidungen einfließen und wirken aktiv an Erarbeitung und Umsetzung von Aktionsprogrammen mit. In Baden-Württemberg werden bereits in über 250 Gemeinden Agenda-Prozesse durchgeführt und in neuen Partnerschaften zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern umgesetzt.



Der vorliegende Leitfaden möchte speziell kleinen Gemeinden Hilfestellung zur Umsetzung der Agenda 21 bieten. Er beschreibt den Prozeß einer Lokalen Agenda 21 und gibt Empfehlungen, wie die Gemeinden diese Aufgabe meistern können. Der Leitfaden liefert dabei konkrete Beispiele aus bereits erfolgreichen Agenda-Gemeinden und stellt vergleichbare Projekte vor.

2. Beispiele für eine Lokale Agenda 21 in kleinen Gemeinden

Viele Agenda-Prozesse haben zunächst in mittelgroßen Städten und Gemeinden Fuß gefaßt, mittlerweile liegen aber auch aus kleinen Gemeinden positive Beispiele vor. Hierbei führten unterschiedliche, den lokalen Gegebenheiten angepaßte Vorgehensweisen zum Erfolg.



Beispiele

Für die nachfolgende Beschreibung des Agenda-Prozesses wurden Beispiele aus kleinen Gemeinden näher untersucht. Im einzelnen handelte es sich dabei um folgende Gemeinden in Baden-Württemberg (Stand: 30.6.1999): Baienfurt (7.142 E.), Essingen (6.333 E.), Langenargen am Bodensee (7.148 E.), Pleidelsheim (6.124 E.) und Weissach im Tal (7.230 E.) sowie um die Gemeinden Dörverden in Niedersachsen (ca. 10.000 E.) sowie Kirchdorf im Wald (ca. 2.000 E.) und Stubenberg (ca. 1300 E.) in Bayern.

Die Umsetzung der Alpenkonvention sowie der Agenda 21 hat sich auch das Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“ zum Ziel gesetzt. Insbesondere der orts- und länderübergreifende Erfahrungsaustausch hat sich bei der Erarbeitung von Lösungsstrategien als äußerst zielführend erwiesen. Die Erfahrungen aus der Netzwerkarbeit und der erstellten Maßnahmenprogramme fanden daher ebenfalls Eingang in den vorliegenden Leitfaden.

Bei der folgenden Beschreibung des Agenda-Prozesses wird besonders häufig auf die Beispiele der fünf baden-württembergischen Gemeinden sowie des Gemeinde-Netzwerkes „Allianz in den Alpen“ verwiesen. Daher werden diese beiden Projekte eingangs vorgestellt.

Hinweis:

Eine genaue Schilderung der Lokalen Agenda-Prozesse der 5 genannten baden-württembergischen Gemeinden findet sich in der Arbeitsmaterialie 9 „Erste Erfahrungen: Lokale Agenda in kleinen Gemeinden“, die kostenlos im Agend-Büro erhältlich ist.



2.1 Agenda 21 in fünf kleinen baden-württembergischen Gemeinden



Fünf kleine baden-württembergische Gemeinden

Die Gemeinden Baienfurt, Essingen, Langenargen, Pleidelsheim und Weisach im Tal sind mit Einwohnerzahlen zwischen 6.100 bis 7.200 typische Gemeinden im schwäbischen Raum: Der Agenda-Prozeß wurde hier als Chance erkannt, die unterschiedlichsten Interessen und Bedürfnisse, die vielen Ortsteile sowie zahlreiche Einzelgehöfte verstreut über tausende Hektar Gemeindegrund in teilweise strukturschwachen Gegenden im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammenzuführen. Den Agenda-Prozeß sehen alle Gemeinden über seinen ganzheitlichen Denkansatz als Planungs- und Gestaltungsinstrument einer lebenswerten Umwelt an.

Anlaß

Initiator eines Agenda 21-Prozesses war in vier Gemeinden der Bürgermeister, in einem Fall wurde die Leiterin des Umweltamtes auf die Thematik aufmerksam. Presseartikel anderer Agenda-Gemeinden sowie Informationsveranstaltungen der Landratsämter bildeten hier die Grundlagen, um den Agenda-Gedanken auch auf die eigene Gemeinde zu übertragen. Die beiden Gemeinden Essingen und Pleidelsheim haben als „aufblühende Dörfer“ im Rahmen des gleichnamigen Projektes der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Heinrich-Böll-Stiftung ihre Agenda-Arbeit begonnen.

Institutionalisierung

Nach einer ersten Bestandsaufnahme wurde ein entsprechender Textentwurf zur Lokalen Agenda 21 in allen fünf Gemeinden dem Gemeinderat vorgestellt. Die Gemeinderäte haben auf dieser Basis Grundsatzentscheidungen für die Agenda 21 und eine nachhaltige Entwicklung in ihren Gemeinden gefällt.

Die Verwaltungen haben daraufhin eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die als Schnittstelle zwischen Verwaltung, Gemeinderat, Bürgern, Agendaforen und Projektgruppen organisatorische Aufgaben wahrnimmt sowie Informationen aufbereitet, bündelt und an die Arbeitsgruppen verteilt.

Agenda-Prozeß

Im Anschluß an eine informativ-animativ gestaltete Auftaktveranstaltung wurden unter breiter Bürgerbeteiligung für gemeindeorientierte Handlungsfelder Leitziele erarbeitet. In einem nächsten Schritt formulierten einzelne Arbeitsgruppen, z.B. in Langenargen zum Thema „Tourismus, Freizeit und Umweltschutz“, Aktionsprogramme und Projekte, die gemeinsam durch Verwaltung, Politik, Institutionen und Verbände sowie zahlreiche Bürger umgesetzt werden.

Der Agenda-Prozeß wird öffentlichkeitswirksam über die örtliche Presse und die Mitteilungsblätter aufbereitet. Diese berichten nicht nur über Grundlagen, Aktionsprogramme oder Projekterfolge, sondern zeigen auch Beteiligungsmöglichkeiten auf, wo die Bürger wann und wie mitwirken können.

2.2 Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“

Das Projekt Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“ verbindet die Beteiligungsform der Agenda 21 mit den Zielen und Inhalten der Alpenkonvention. Die Alpenkonvention als völkerrechtlich bindender Vertrag zwischen allen Alpenanrainerstaaten schafft für verschiedene Handlungsfelder (z.B. Landwirtschaft, Wald, Verkehr, Tourismus, Wasser) einheitliche Rahmenbedingungen speziell für die nachhaltige Entwicklung im Alpenraum. Doch dieses Papier kann nur mit Leben erfüllt werden, wenn die Menschen in den Alpen-Gemeinden aktiv werden.

Das Gemeinde-Netzwerk bringt dabei einen längerfristigen Prozeß in Richtung einer lebendigen Gemeinde ins Rollen. Eine solche Gemeinde gestaltet ihr Zusammenleben weitgehend selbst: Politik und Verwaltung nehmen weiterhin ihre Hauptaufgaben wahr. Aber auch die Bürger bekommen die Chance, sich bei allen die Bürger betreffenden Entscheidungen nicht nur aktiv in die Diskussion einzubringen, sondern mögliche Projekte und Maßnahmen auch eigenverantwortlich umzusetzen.

Bis zum Jahr 2000 haben sich über 100 Gemeinden verteilt über die sieben Alpenanrainerstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich, Schweiz und Slowenien zu diesem Netzwerk zusammengeschlossen. Sie pflegen einen intensiven Erfahrungsaustausch über jährliche Fachveranstaltungen, einen halbjährlich erscheinenden Newsletter, einen gemeinsamen Internetauftritt (unter URL: <http://www.alpenallianz.org>) sowie die Sammlung und Aktualisierung der bisher 200 positiven Projektbeispiele - als innovative Lösungen können sie auch für andere Gemeinden Beispiel sein.



Nach der Information der Verantwortlichen vor Ort beschließt der Gemeinderat über die Teilnahme am Projekt und benennt einen Ansprechpartner. **Institutionalisierung**

Der Netzwerk-Prozeß orientiert sich an der Systematik der EU-Öko-Audit-Verordnung EMAS, die in sieben Arbeitskreistreffen verteilt über ein Jahr Anwendung findet: In einem ersten Schritt werden Leitziele für alle kommunalen Handlungsfelder (z.B. Tourismus, Verkehr, Landwirtschaft in Anlehnung an die Protokollthemen der Alpenkonvention) erarbeitet. Anschließend konzentriert man sich auf zwei Handlungsfelder - damit wird ein „Verzetteln“ vermieden und werden schnell konkrete Ergebnisse erreicht. Mittels Checklisten als Gesprächsleitfaden gelangt man zu einer Plus- und Brennpunktliste und ersten Maßnahmenideen. Diese Ideen werden auf ihre Umsetzbarkeit geprüft, Verantwortliche gesucht, ein Zeitrahmen abgesteckt und wenn möglich ein Budgetrahmen genannt. Ergebnis bildet das Maßnahmenprogramm, das als Fahrplan zur Umsetzung einen zügigen Arbeitsfortschritt gewährleistet. Abschließend wird ein Managementsystem einge- **Netzwerk-Prozeß**

führt: Organisationsstrukturen, die gleichermaßen effektiv wie unkompliziert arbeiten und ein Weiterlaufen des Projektes sicherstellen. Die Ergebnisse verabschiedet der Gemeinderat und verankert sie somit institutionell. Wichtig ist auch die begleitende Öffentlichkeitsarbeit über Ergebnisse und Beteiligungsmöglichkeiten.

3. Was sollte beim Lokalen Agenda-Prozeß unbedingt beachtet werden?

Die Agenda 21 legt großen Wert auf die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und die aktive Rolle der Kommunen. Wie ein Lokaler Agenda-Prozeß **„Kein Königsweg“** ablaufen sollte oder könnte, wird allerdings nicht näher ausgeführt.

Dies zeigt - wie übrigens alle bisherigen Erfahrungen aus Kommunen auch - eines: den „Königsweg“ zur erfolgreichen Agenda-Arbeit gibt es nicht. Dafür sind die örtlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen in den Gemeinden viel zu verschieden.

Einige wichtige Grundregeln können aber die erfolgreiche Durchführung der Lokalen Agenda fördern: **Grundregeln**

- Der Gemeinderat fällt am besten einen **Grundsatzbeschuß** zur Durchführung der Lokalen Agenda, um den Agenda-Prozeß auch mandatsmäßig zu verankern. Dabei reicht für den Anfang ein kurzer Beschluß als Willenserklärung der Gemeinde aus.
- Es wird ein **Verantwortlicher** benannt und es werden klare **Arbeitsstrukturen** (z.B. Arbeitskreise) festgelegt. Diese Organisationsstrukturen arbeiten gleichermaßen einfach wie effektiv und gewährleisten damit einen zügigen Arbeitsfortschritt bei der Aufstellung der Leitbilder und Aktionsprogramme sowie deren Umsetzung.
- Eine **Schwerpunktesetzung** ist unerlässlich, denn die Agenda 21 mit ihren 40 Kapiteln deckt nahezu alle Politikfelder ab, die unmöglich alle auf einmal bearbeitet werden können. Hier hat sich die Konzentration auf zunächst zwei Handlungsfelder bewährt, um ein „Verzetteln“ zu vermeiden.
- Keine Lokale Agenda 21 muß bei Null anfangen. Hier können Sie auf **Vorhandenem** aufbauen und bekannte örtliche Brennpunkte direkt angehen. Ansatzpunkte bieten z.B. vorhandene Planungen oder Gutachten genauso wie lokale Projekte, die über die Lokale Agenda 21 neuen Aufschwung bekommen. Erster Schritt ist hierzu eine Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten.
- **Ergebnisorientiert arbeiten**, sich also ein realisierbares Programm überlegen und seine Umsetzung in kleinen Schritten vornehmen.
- Begleitende **Öffentlichkeitsarbeit** über die laufenden Aktivitäten und die Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger im Agenda-Prozeß.

Verwaltung und Politik müssen bereit sein, mit ihren Bürgern in einen ehrlichen Dialog zu treten. Offene **Kommunikation** auch über Tabuthemen führt langfristig zu mehr Identifikation der Bürger mit ihrem Ort, für den sie dann auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Möglicher Ablauf

Lokaler Agenda-Prozeß in kleinen Gemeinden

A. Start- und Strukturierungsphase

1. Startschuß, Initiative (Kapitel 4)
2. Information und (Grundsatz-)Beschluß des Gemeinderats (Kapitel 5)
3. Verantwortlichen benennen, eventuell schon Arbeitsstrukturen klären (Kapitel 6)
4. Schwerpunkte auswählen (Kapitel 7)
5. Arbeitskreise zu Schwerpunkten bilden (Kapitel 8)

**B. Programmphase
(in Arbeitskreisen zu Schwerpunkten)**

6. Ziele / Leitbilder formulieren (Kapitel 9)
7. Bestandsaufnahme vornehmen (Kapitel 10)
8. Programm erarbeiten (Kapitel 11)
9. Umsetzung des Programms festlegen (Kapitel 12)

C. Informations- und Umsetzungsphase

10. Gemeinderat informieren und beschließen lassen (Kapitel 13)
11. Weiterführung und Umsetzung festlegen (Kapitel 14)
12. Öffentlichkeit während des gesamten Prozesses informieren (Kapitel 15)

Die folgenden Kapitel schildern genauer, wie ein Agenda-Prozeß in kleinen Gemeinden ablaufen könnte. Nochmals: Dies ist nur ein Vorschlag und zeigt einen möglichen Weg - je nach örtlichen Gegebenheiten können andere Wege besser sein.

4. Wie startet man einen Lokalen Agenda 21-Prozeß?

In einigen Gemeinden gibt es bereits Initiativen von Bürgern, Organisationen oder Vereinen für eine Lokale Agenda 21. Greifen Sie solche Initiativen auf. Auch Themen, die gerade in der politischen Diskussion der Gemeinde stehen und die breite Öffentlichkeit interessieren, können Anlaß für eine Lokale Agenda sein, z.B. die Aufstellung eines Landschaftsplanes, die Umstrukturierung im Gemeindegebiet durch Auflassung eines Bundeswehrstandortes, die Errichtung eines Gemeinde- oder Kurzentrums oder die Entwicklung einer großen Freifläche im Ort.

**Bestehendes
aufgreifen**

In anderen Gemeinden gilt es, zunächst Hemmnisse bzw. Bedenken gegenüber einer Lokalen Agenda 21 auszuräumen. Dies gelingt am besten durch sachliche Information und Erfolgsgeschichten anderer Gemeinden: Was die können, können wir auch!

**Bedenken
ausräumen**

Ein Agenda-Prozeß eignet sich nicht nur für Gemeinden, die sich seit jeher stark im Umweltbereich engagieren bzw. dort aktiv werden wollen. Die Agenda 21 verbindet darüber hinaus den Umweltaspekt mit ökonomischen und sozialen Belangen. Erst dieser ganzheitliche Denkansatz ermöglicht nachhaltige Entwicklung und zieht sich damit durch alle Lebensbereiche in Ihrer Gemeinde. Der Agenda-Prozeß bringt also jede Gemeinde voran - unabhängig von deren Ausgangsposition ebnet er den Weg für eine zukunftsfähige Entwicklung.

**Für jede
Gemeinde**

Eine entscheidende Rolle spielen in jedem Falle die InitiatorInnen des Agenda-Prozesses vor Ort. Sie müssen anfängliche Aktivitäten forcieren und die nötige Überzeugungsarbeit leisten. Für diese wichtige Aufgabe kommt entweder der/die Bürgermeister(in) selbst oder eine andere in der Gemeinde angesehene bzw. anerkannte Person in Frage, der kein Eigeninteresse unterstellt werden kann.

**Wichtig:
Die
InitiatorInnen**

Hier ging die Initiative innerhalb der Verwaltung von der Umweltamtsleiterin aus, die auf Grund der Berichterstattung in der Zeitschrift „Die Gemeinde“ auf das Thema aufmerksam wurde und weiteres Informationsmaterial anforderte. Zeitgleich wurde das vorhandene Umweltschutzkonzept evaluiert und eine Lokale Agenda 21 auch vom Gemeinderat als Chance gesehen, weitere Schritte in Richtung Natur- und Umweltschutz zu unternehmen.



Pleidelsheim

Eine große Bedeutung für einen gelungenen Start kommt der Vorbereitung der Auftaktveranstaltung zu, die abwechslungsreich und interessant gestaltet werden sollte und Interessierte einbindet. Gelungene Beispiele stellen die mit bis zu 250 Personen bestens besuchten Auftaktveranstaltungen in Essingen und Pleidelsheim dar. Ein Markt der Möglichkeiten informierte über Initiativen vor Ort, auf Kurtekarten konnten die Bürger ihre Vorschläge einbringen und neben Vorträgen zur Lokalen Agenda wurde großer Wert auf eine kulturelle Umrahmung gelegt.

**Der gelungene
Auftakt**



**Gemeinde-
Netzwerk
„Allianz in den
Alpen“**

Der Impuls kam im Gemeinde-Netzwerk von *außen*. Im März 1996 wurden z.B. alle bayerischen Alpengemeinden vom Alpenforschungsinstitut (AFI) und von der CIPRA (Internationale Alpenschutzkommission) in einem Schreiben über das Projekt informiert. Verschiedene Gemeinden zeigten sich am Aufbau eines Gemeinde-Netzwerks „Allianz in den Alpen“ sowie an der Umsetzung der Agenda 21 und der Alpenkonvention interessiert und haben sich schließlich um eine Teilnahme beworben. Initiatoren vor Ort waren dann meist der Bürgermeister selber (z.B. Oy-Mittelberg) oder engagierte MitarbeiterInnen der Verwaltung.



**weitere
Gemeinden**

In vielen Gemeinden kam der Impuls für die Agenda 21 von *innen*:

In Dörverden war die Aufgabe eines Bundeswehrstandortes und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen und Kaufkraft Anlaß für eine Lokale Agenda 21. Hier wurde eine grundsätzliche Diskussion um die Entwicklungschancen einer Gemeinde im ländlichen Raum begonnen. Eine möglichst breite Problemanalyse sowie die Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung wurden angestrebt und unter professioneller Betreuung auch erreicht.

In der Gemeinde Stubenberg wurde 1995 eine neue Initiative zur Dorfentwicklung gestartet. Stubenberg wollte über die Agenda 21 einen neuen Weg der Dorfentwicklungsplanung gehen und ein konkretes Aktionsprogramm aufstellen. Die Agenda 21 wurde dabei auch als Chance gesehen, bestehende „Animositäten“ zwischen den Bürgern der eingemeindeten Ortsteile über gemeinsame ortsteilübergreifende Projekte und Maßnahmen aufzulösen und ein gemeinsames Problembewußtsein zu erreichen.



Hinweis:

Über den Start einer Lokalen Agenda informieren ausführlich die Arbeitsmaterialien 6 „Einstieg in die Lokale Agenda in der kleinn Gemeinde Weissach im Tal“ und 7 „Einstieg in die Lokale Agenda in der kleine Gemeinde Pleidelsheim“. Die Arbeitsmaterialie 9 „Erste Erfahrungen: Lokale Agenda in kleinen Gemeinden“ schildert neben der Startphase auch die Auftaktveranstaltungen in diesen 5 Gemeinden. Alle Materialien sind kostenlos im Agenda-Büro erhältlich.

5. Wie erreicht die Lokale Agenda 21 den politischen Rückhalt in der Gemeinde?

Nachdem es sich bei der Erarbeitung einer Lokalen Agenda um einen konkreten Auftrag an die Gemeinden handelt, sollte der Gemeinderat von Beginn an informiert und eingebunden werden. Er muß den notwendigen Startschuß und den politischen Rückhalt geben. Dies ist nicht nur ein Versprechen an Ihre Gemeinde, sondern erhöht auch die Motivation aller Beteiligten. Lassen Sie sich also durch einen entsprechenden Ratsbeschuß den Rücken stärken.

Beschluß des Gemeinderats

Die Vorstellung im Gemeinderat übernimmt am besten der/die Initiator(in), z.B. mit Unterstützung eines/einer Bürgermeister(in) einer Nachbargemeinde, die bereits erfolgreiche Agenda-Arbeit leistet.

Der Bürgermeister informierte den Gemeinderat zum Thema „Lokale Agenda 21“ und auch über eine damit verbundene Chance, dem seit 1995 bestehenden CO₂-Reduktionsprogramm neuen Schub zu verleihen. Der Gemeinderat faßte am 29.1.98 auf Antrag der Verwaltung folgenden Grundsatzbeschuß: „Die Gemeinde Weissach im Tal tritt in den Lokalen Agenda-Prozeß ein. Um den örtlichen Bezug zu unterstreichen, wird dieser künftig unter dem Begriff ‚Weissach 2000‘ geführt. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Vorbereitungen für die Durchführung der Lokalen Agenda ‚Weissach 2000‘ zu treffen. Die weiteren organisatorischen Vorarbeiten werden im nächsten Umweltausschuß vorberaten, soweit sie nicht von der Gemeindeverwaltung vorab erledigt werden können. Der Umweltausschuß tagt künftig zu Tagesordnungspunkten, die ‚Weissach 2000‘ betreffen, öffentlich. Im Gemeinderat wird fortlaufend über den Lokalen Agenda-Prozeß ‚Weissach 2000‘ berichtet.“



Weissach im Tal

In den Netzwerk-Gemeinden stellte der Bürgermeister, zum Teil mit der Unterstützung des Betreuer(in), dem Gemeinderat das Projekt vor. Der Gemeinderat beschloß die Teilnahme am Projekt und bestimmte einen Projektverantwortlichen und Ansprechpartner in der Gemeinde. Dabei handelte es sich entweder um den Bürgermeister selbst (z.B. Pfronten), um Mitarbeiter der Verwaltung oder um engagierte Gemeinderäte bzw. Privatpersonen.



**Gemeinde-Netzwerk
„Allianz in den Alpen“**

Die Gemeinde Dörverden beauftragte Ende 1994 ein Planungsbüro damit, die Entwicklungsstudie „Dörverden 2020 in Form eines Agenda-Prozesses durchzuführen. Nach Abschluß der Studie wurde die Agenda-Arbeit von einer eigens geschaffenen Koordinierungsstelle weiterbetreut.



weitere Gemeinden

In der Gemeinde Stubenberg beschloß der Gemeinderat am 13.11.1997 eine „Dorfentwicklungsplanung“ unter Berücksichtigung der Agenda 21.

**Muster-
Beschluss-
vorlage**

1. Der Gemeinderat bekennt sich zu seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Die Gemeinde ... wird hierzu eine „Lokale Agenda 21“ erarbeiten, wie es die Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro in der „Agenda 21“ im Kapitel 28 beschlossen hat.

2. In der Verwaltung wird ein Verantwortlicher für die Lokale Agenda 21 bestimmt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Bilanzierung bisheriger Aktivitäten der Gemeinde für eine nachhaltige Entwicklung, dem Gemeinderat bis zum ... einen ersten Diskussionsvorschlag zur Durchführung der Lokalen Agenda 21 unter Beteiligung von Bürgerschaft und gesellschaftlicher Gruppen vorzulegen.



„Der Gemeinderat bekennt sich zu seiner Verantwortung zur zukunftsfähigen Entwicklung. In diesem Sinne unterzeichnet die Gemeinde Pleidelsheim die Charta von Aalborg.

Die Gemeinde Pleidelsheim tritt in Lokale Agenda 21-Prozesse ein, und der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, ein kommunales Handlungsprogramm für Zukunftsbeständigkeit unter Beteiligung von Institutionen und Bürgerschaft zu erarbeiten.“



„Die Gemeinde Weissach im Tal tritt in den Lokalen Agenda-Prozess ein. Um den örtlichen Bezug zu unterstreichen, wird dieser künftig unter `Weissach 2000` geführt. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Vorbereitungen für die Durchführung der Lokalen Agenda `Weissach 2000` zu treffen. Die weiteren organisatorischen Vorarbeiten werden im nächsten Umweltausschuss vorberaten, soweit sie nicht von der Gemeindeverwaltung vorab erledigt werden können. Der Umweltausschuss tagt künftig zu Tagesordnungspunkten, die `Weissach 2000` betreffen, öffentlich. Im Gemeinderat wird fortlaufend über den Lokalen Agenda-Prozess `Weissach 2000!` berichtet.“

6. Wer ist Ansprechpartner und Koordinator des Agenda 21-Prozesses?

Eine entscheidende Rolle spielt der/die Ansprechpartner(in) bzw. Koordinator(in) des Agenda-Prozesses. Von Ihrer Fähigkeit, andere Leute für eine Sache zu begeistern, wird der Erfolg eines Agenda-Prozesses mit abhängig sein. Sie ist Motor des Agenda-Prozesses und verantwortlich für die Durchführung der einzelnen Arbeitsschritte. Zu Ihren Aufgaben zählen

- Gestaltung der Auftaktveranstaltung,
- Gründung und Koordination der Arbeitskreise,
- die Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Unterlagen und Informationsmaterial an Arbeitskreisteilnehmer,
- die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen für Verwaltung, Arbeitskreisteilnehmer und Presse.

Der/die Koordinator(in) sollte eine Person mit Engagement, Weitblick, Zeit, Anerkennung und Unparteilichkeit aus der Gemeinde sein. Wenn kein externer Betreuer den Prozeß begleitet, ist sie auch für die konzeptionelle Gestaltung der Arbeitstreffen verantwortlich.

Als Koordinator fungiert hier zusätzlich zu seinen sonstigen Aufgabenstellungen der Umweltbeauftragte. Hierzu wurde bereits 1997 ein Agenda-Büro als Schnittstelle zwischen Agenda-Forum, Arbeitskreisen, Bürgern, Verwaltung und Gemeinderat gebildet, das gleichermaßen organisatorische wie inhaltlich-konzeptionelle Aufgaben wahrnimmt. Der Arbeitsaufwand nimmt wenigstens 15 % der gesamten Arbeitszeit ein. Die Agenda-Arbeit ist aber spannend und macht großen Spaß, so daß der zusätzlich entstandene Arbeitsaufwand bisher gerne in Kauf genommen wird.



In den Netzwerk-Gemeinden wurde zu Beginn ein Projektverantwortlicher als Koordinator des Prozesses durch den jeweiligen Bürgermeister bestimmt. In den allermeisten Fällen war dies entweder der Bürgermeister selbst bzw. ein Mitarbeiter der Verwaltung, so z.B. in der Stadt Füssen der Leiter des Umweltamtes. Der Projektverantwortliche fungierte als Ansprechpartner für die externe Projektbetreuung, für die Partnergemeinden sowie für Beteiligte und Interessierte im Ort. Er war verantwortlich für die Organisation und Koordination der Arbeitsgruppentreffen sowie die Weitergabe von Informationen und Unterlagen an Bürgermeister, an Arbeitskreismitglieder und Presse.



In Dörverden war während der Aufstellung der Entwicklungsstudie „Dörverden 2020“ das beauftragte Planungsbüro Ansprechpartner für den Agenda-Prozeß. Nach der Fertigstellung der Studie wurde die Koordination von einer eigenen Agenda-Stelle übernommen.



**Entscheidend:
Koordination**

7. Welche Themen sollen behandelt werden?

Auf Wichtiges konzentrieren Die zur Verfügung stehende Zeit sowie die Arbeitsbereitschaft des Einzelnen sind begrenzt. Die Verwaltung ist meist stark belastet, finanzielle Mittel sind gerade bei kleinen Gemeinden häufig knapp. Für eine effiziente Vorgehensweise hat es sich daher bewährt, einen Handlungsrahmen für die Lokale Agenda festzulegen. Je nach Situation vor Ort und je nach Ablauf des Prozesses (Anzahl der Beteiligten, Art der Bestandsaufnahme etc.) konzentrieren sich die Arbeiten in einer ersten Phase günstigerweise auf zwei bis drei Kernthemen.

Dabei sollten nicht nur Konfliktfelder gewählt werden, bei denen die Fronten in der Gemeinde etwa schon sehr verhärtet sind oder a priori eine Konzentration auf den kurzfristigen Bereich zu erwarten ist. Inhaltlicher Auftakt für die Arbeiten an einer Lokalen Agenda kann auch ein Vorhaben der Gemeinde sein, das die breite Öffentlichkeit betrifft und interessiert (z.B. Planung und Errichtung eines Bürger- und Gemeinschaftshauses).

Mögliche Themen In Betracht kommen prinzipiell alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens: Landwirtschaft, Siedlungsökologie, Energie- und Klimaschutz, Ortsverkehr, Naturschutz und Landschaftspflege, Wirtschaft und Arbeitsplätze, Tourismus, Jung und Alt, Kultur und Soziales etc. sind alle gleichermaßen bürgerbetreffende Themen.

Rahmen festlegen Die Festlegung des Untersuchungsrahmens nehmen Bürgermeister, Initiatoren vor Ort sowie letztlich der Gemeinderat gemeinsam vor. Wählen Sie diejenigen Bereiche aus, in denen Sie für Ihre Gemeinde Entwicklungsmöglichkeiten bzw. Handlungspotentiale erkennen. Dazu bedarf es natürlich auch der Fähigkeit, über das aktuelle Tagesgeschäft hinaus den Blick in die Zukunft zu richten, was nicht immer ganz leicht fällt. Liegt der Beschluß zur Erarbeitung einer Lokalen Agenda vor und ist der Untersuchungsrahmen festgelegt, kann die eigentliche Arbeit beginnen.



In einer Zukunftswerkstatt wählten sich die 30 Teilnehmer folgende fünf Schwerpunktthemen und bildeten ihren Neigungen entsprechend Arbeitskreise: „Landwirtschaft, Vermarktung, Natur, Umweltschutz“, „Dorfgestaltung, Kultur, Tourismus“, „Situation älterer Menschen“, „Situation für Jugendliche“ sowie „Bauen, Wohnen, Verkehr“. Bis auf die Gruppe „Bauen, ...“ wurden alle Arbeitsgruppen weitergeführt. Sie arbeiten selbständig und regelmäßig mit wechselnder Teilnehmerzahl, wobei ein Sprecher die Koordination mit der Verwaltung übernimmt. Aus dem Arbeitskreis „Landwirtschaft“ mit einer Kerngruppe von sechs Teilnehmern haben sich drei Untergruppen zu den Themen „Bauernmarkt“, „Nachhaltige Landwirtschaft“ und „Flurbereinigung“ herausgebildet. Besonderer Stolz der Gemeinde ist der seitdem immer freitags stattfindende Bauernmarkt, der ausschließlich lokale, ökologisch produzierte Waren feilbietet. Auch die freiwillige Flurbereinigung mit Pachttausch-Aktionen sowie der Neubau eines Seniorenzentrums mit Pflegeheim, betreutem Wohnen und als Treffpunkt sind direkt auf Initiativen der Agenda-Arbeitsgruppen entstanden.

Hier stehen 10 Handlungsfelder in Anlehnung an die Protokollthemen der Alpenkonvention zur Verfügung, z.B. Bergwald, Tourismus, Energie, Information/Kommunikation. In der Regel hat sich der Gemeinderat vor Beginn der Arbeiten auf zwei Handlungsfelder geeinigt: „Tourismus“ und „Energie“ hatte sich z.B. die Stadt Füssen erwählt - Tourismus als Wirtschaftsgrundlage des Ortes und Energie, weil hier schon viel Grundlagenarbeit geleistet wurde und schnelle Erfolge möglich wären. Der Netzwerk-Arbeitskreis hat sich aber nach kurzer Überlegung für das Thema „Naturschutz und Landschaftspflege“ entschieden, weil speziell im Alpenvorland die intakte Natur den Tourismus überhaupt erst ermöglicht. Aus dieser Themenkombination erwachsen schon während der Projektlaufzeit fruchtbare Partnerschaften zwischen Tourismusträgern und Naturschützern. Die Entscheidung des Arbeitskreises wurde im nachhinein auch im Stadtrat als sinnvoll unterstützt.



**Gemeinde-
Netzwerk
„Allianz in den
Alpen“**

7. Wie werden Arbeitskreise gebildet?

- Motivation von Bürgern** Ein/eine Koordinator(in) ist gefunden und der Handlungsrahmen abgesteckt. Mitstreiter finden heißt jetzt das Gebot der Stunde. Wie aber finden sich Leute, die über wenigstens ein Jahr lang bereit sind, ihre Freizeit für eine Sache zu opfern, deren Ausgang anfangs völlig offen ist?
- Mitstreiter finden** Grundsätzlich sollten alle Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitarbeit eingeladen werden. Die Suche nach Mitstreitern funktioniert aber am besten nach dem „Schneeballsystem“: Bürger Meier wird gebeten mitzumachen, um dann Bekannte zu fragen, ob auch sie Zeit und Lust hätten. Vor allem Mundpropaganda ist hier gefragt, aber auch gezielte Einladungen, Postwurfsendungen und Presseaufrufe während der gesamten Agenda-Laufzeit.
- Zusammensetzung** „Schlüsselpersonen“, ohne die in den ausgewählten Handlungsfeldern „nichts geht“, sollten in jedem Fall mit von der Partie sein. Zielführend ist auch die regelmäßige Teilnahme des Bürgermeisters, einzelner Gemeinderäte sowie interner und externer Experten des jeweiligen Themenfeldes. Bestenfalls finden sich nicht nur Leute zusammen, die ohnehin Funktionäre sind und zum Gemeinwohl beitragen, sondern v.a. auch „unverbrauchte“, motivierte, kritische und betroffene Geister.
- Wir-Gefühl** Allein das gemeinsame Arbeiten an einem Tisch hilft, auf Informationsdefiziten beruhende Probleme und gegenseitige Vorurteile abzubauen. Über dieses gemeinsame Problembewußtsein ist die Lösung oft schon fast erreicht.
- Anzahl und Größe der Arbeitskreise** Für die ausgewählten Themenschwerpunkte ist es auch sinnvoll, mehrere Arbeitskreise zu bilden - hier findet dann auch jeder ein Thema, wo er seinen Beitrag leisten kann. Die Stärke der Arbeitskreise pendelt sich günstigerweise bei etwa 15 Personen ein, um dauerhaft handlungsfähig zu bleiben. Zwischenzeitlich können auch kleinere Gruppen gebildet werden, die dann in einer nächsten gemeinsamen Sitzung ihre Arbeiten wieder zusammenführen und die Ergebnisse abstimmen.
- Die Agenda-Arbeitskreise formieren sich bewußt als offene Foren, wo interessierte Bürger hinzukommen und andere sich wieder zurückziehen können. Dies fördert nicht nur den Ideenaustausch, sondern bringt auch wieder Schwung in die Agenda-Arbeit.
- Arbeitsweise** Die Sitzungen der Arbeitskreise sollten in Abständen von etwa 4-8 Wochen abgehalten werden, um einerseits die Kontinuität der Arbeit sicherzustellen, andererseits die Mitglieder nicht zu überfordern. Der Koordinator behält den Überblick über die Tätigkeiten der Arbeitskreise und die erarbeiteten Ergebnisse. Er ist auch zuständig für den Informationsfluß zwischen den Arbeitskreisen.

Grundlage für die konstituierende Sitzung des Agenda-Forums 1997 war ein Informationsschreiben mit Fragebogen, das von der Verwaltung an alle Gemeinderäte und Vereine, Schulen, Kirchen, Forstämter, Landwirte und das Jugendhaus verschickt wurde. Bei diesem ersten Treffen wurden drei Arbeitskreise zu den Themen „Verkehr, Wirtschaft, Umwelt“, „Naturschutz und Landwirtschaft“ sowie „Gesellschaft, Soziales, Kultur“ gegründet, deren Teilnehmer im weiteren Verlauf selbständig Treffen organisierten und sich ohne externe Betreuung auf konkrete Vorschläge und Maßnahmen verständigten. Pro Arbeitskreis hat sich ein fester Personenkreis von 10-20 Teilnehmern etabliert, wobei ein Mitglied als Sprecher die Koordination mit der Verwaltung übernimmt. Die Ergebnisse der Treffen, die regelmäßig alle 6-7 Wochen stattfinden, werden als Kurzprotokolle dokumentiert und über die Verwaltung allen Teilnehmern zugestellt. Besonders hervorzuheben ist hier die Arbeit der Gruppe „Erholungsraum Weissacher Tal“, die praktisch aus dem Nichts heraus ein Tourismuskonzept erstellt und die Weichenstellungen für erste touristische Aktivitäten in der Gemeinde geschaffen hat.



Ein Agenda-Forum bildet das Lenkungsgremium und ist für die Formulierung von Leitbildern sowie die Zusammenstellung des Maßnahmenkatalogs (mit inzwischen 120 Einzelmaßnahmen!) zuständig, der sich an den Vorschlägen der Arbeitskreise ausrichtet. Im Agenda-Forum sind der Umweltausschuß, der Bürgermeister und der Umweltbeauftragte sowie die Sprecher der drei Arbeitskreise vertreten. Das Forum trifft sich wenigstens halbjährlich und ist offen für alle Interessierten.

Mögliche Teilnehmer des Netzwerk-Prozesses werden durch einen Werbemix gewonnen - persönliche Ansprache, gezielte Einladungen und Presseaufrufe führen ganz von selbst engagierte bzw. betroffene Bürger aus allen Schichten des öffentlichen und privaten Lebens an einem Tisch zusammen, z.B. den Bürgermeister, Landwirte, Handwerker, Gastwirte, Unternehmer, Hoteliers, Vereinsvorstände, Naturschützer oder Energieversorger. Im Durchschnitt formt sich der Netzwerk-Arbeitskreis aus etwa 15-20 Personen, die sich Gedanken über die künftige Gemeindeentwicklung machen. Dabei lernt einer vom anderen und neue Partnerschaften bilden sich. Dieses „Wir-Gefühl“ schweißt die Teilnehmer zusammen, die jetzt gemeinsam ihre Gemeinde voranbringen wollen. Der Arbeitskreis wird dabei nicht zum neuen Debattierclub, wo alte Geschichten endlos ausgedehnt werden, sondern etabliert sich als offenes Bürgerforum, wo strittige Fragen lösungsorientiert „angepackt“ werden. Erfahrungsgemäß kommen bei bestimmten Themenabenden neue Gesichter hinzu, die als Experten in ihrem Bereich einen Beitrag leisten wollen, bzw. ziehen sich andere wieder zurück, die ihre Stärken an einem anderem Ort besser ausspielen können.



Die sieben Arbeitskreistreffen verteilt über ein Jahr werden vom externen

Berater konzeptionell vorbereitet und moderiert, der örtliche Koordinator übernimmt organisatorische Aufgaben sowie die pressewirksame Aufbereitung der Sitzungsergebnisse.



In der Gemeinde Kirchdorf im Wald haben sich bis zum Jahr 2000 mit wechselnder Besetzung bisher neun zum Teil ortsteilübergreifende Arbeitskreise gebildet. Teilnehmer sind Vertreter örtlicher und überörtlicher Behörden, umweltorientierter Verbände, BürgerInnen sowie der örtliche Pfarrer. Die Moderation erfolgt zum Teil durch einen externen Berater. Die Arbeitskreise beschäftigen sich über die laufende Dorferneuerung hinaus mit verschiedensten Themen und haben sich als offene, kompetente und lösungsorientierte Bürgerforen etabliert. Die Arbeitskreise finden sich selbständig sowie auf Antrag der Verwaltung zusammen, wenn eine bürgerbetreffende Entscheidung in der Gemeinde ansteht. Über die Arbeitskreise werden somit viele Bürger erreicht und wirksam in örtliche Planungen eingebunden.

Um die Bevölkerung in die Arbeit einzubinden, wurden in Dörverden Arbeitsgruppen zu thematischen Schwerpunkten gebildet, aber auch querschnittsorientierte Arbeitsgruppen, wie z.B. die Arbeitsgruppe „Frauen“. Die Moderation liegt in der Hand des mit der Studie beauftragten Planungsbüros.

In der Gemeinde Stubenberg bildete sich innerhalb einer Bürgerversammlung der „Dorferneuerung-Ökologie-Kultur“-Ausschuß. Außerdem rief die Gemeinde verschiedene Stammtische ins Leben (Kultur- und Gewerbe-Stammtisch) und gründete ein Jugendforum.

9. Wie werden Ziele für eine nachhaltige Gemeindepolitik erarbeitet?

Natürlich haben sich unsere Gemeinden seit Jahrhunderten auch ohne Leitbilder entwickelt - die Erfahrung der letzten Jahre hat aber gezeigt, daß es angesichts der immer weiter steigenden Anforderungen an unsere Gemeinden sinnvoll ist, für ihre Entwicklung einen Rahmen abzustecken. **Sinn und Zweck von Leitbildern**

Das Leitbild beschreibt dabei einen zukünftigen, wünschenswerten Sollzustand, der noch nicht in allen Punkten erreicht ist. Es ist eine Art „geistige Leinwand“, an der sich die Gemeinde orientieren kann, und ist daher positiv formuliert, verständlich und nachvollziehbar. Es hat visionären Charakter, ist dabei aber nicht unrealistisch.

Nutzen Sie für die erste Ideensammlung bestehende Unterlagen und Materialien, z.B. Agenda 21, Charta von Aalborg oder auch Ihren Landschaftsplan. Diskutieren und formulieren Sie dann in den Arbeitskreisen gemeinsam Grundsätze bzw. Kernsätze für die künftige Entwicklung in Ihrer Gemeinde. **Ideensammlung**

In einem zweiten Schritt empfiehlt es sich, die Kernsätze zu konkretisieren und möglichst detaillierte Ziele für die einzelnen Handlungsfelder auszuarbeiten. Über diese qualitativen und quantitativen Aussagen entsteht ein differenziertes Leitbild Ihrer Gemeinde. **Ziele konkretisieren**

Durch die Verabschiedung im Gemeinderat werden die Leitziele bzw. das Leitbild politisch legitimiert. Der Gemeinderat bekennt sich zu den Zielen und verpflichtet sich, diese bei künftigen gemeindlichen Entscheidungen zu berücksichtigen. **Ziele verabschieden**

Die Leitziele der Gemeinde Baienfurt wurden als Begründung für die nachfolgenden Einzelmaßnahmen in 16 Schwerpunktthemen formuliert. Sie sind Bestandteil des Entwicklungspapiers „Baienfurt 2010+“, das in einer zweitägigen Klausurtagung durch eine multidisziplinäre Arbeitsgruppe aufgestellt wurde. Ein Beispiel für den Bereich „Bauen und Wohnen“: „Die bauliche Entwicklung ist umweltverträglich zu planen und umzusetzen. Unter umweltverträglich verstehen wir die verdichtete Bauweise, Oberflächenwasser-Versickerung, Regenwassernutzung, weniger versiegelte Flächen, Energiesparen, Grünplanung. Unter sozialverträglich verstehen wir die Beziehungen zwischen Jung und Alt, preisgünstigen Wohnraum, junge Familien, Familienfreundlichkeit, Kommunikationsflächen bzw. -räume.“

Die Fortschreibung der Leitziele im Rahmen einer Evaluierung des Entwicklungspapiers „Baienfurt 2010+“ ist in Vorbereitung.





**Gemeinde-
Netzwerk
„Allianz in den
Alpen“**

Alle Netzwerk-Gemeinden haben zu Beginn der Arbeiten Leitziele für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung aufgestellt. Die Aufgabe ist hier, zu beschreiben: Wer sind wir und wo wollen wir hin? Die Leitziele sind somit Dokumentation und Versprechen an die Gemeinde und gliedern sich in *drei* Abschnitte: In der *Präambel* bekennen sich die Gemeinden zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Alpenraum, die *Handlungsgrundsätze* sichern den intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Partnergemeinden, die laufende Verbesserung der Leitziele und ein größtmögliches Maß an Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation. Es schließen sich einzelne *Leitziele* für 10 kommunale Handlungsfelder an.

Diese *Leitziele* reichen von der „Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsberuhigung“ über die „Formulierung umweltverträglicher touristischer Angebotsformen“ bis hin zur „Beschränkung des Siedlungswachstums im Außenbereich“.

Die Leitziele werden im Gemeinderat vorgestellt, verabschiedet und anschließend veröffentlicht (z.B. Aushang im Rathaus, Veröffentlichung über das Gemeindeblatt, Vorstellung im Rahmen einer Bürgerversammlung etc.). Auf diesem Weg kommt die Diskussion über die Gemeindeentwicklung in der breiten Bevölkerung in Gang, die Leitbild-Arbeit wird zum dauerhaften Prozeß der Anpassung und Fortschreibung. In der Gemeinde Naturns/Südtirol hat sich auf diese Weise innerhalb von 10 Jahren ein Leitbild entwickelt, in dem sich jeder einzelne Bürger wiederfindet.



**weitere
Gemeinden**

In Stubenberg wurde aufbauend auf einer Bestandsaufnahme und breiter Diskussion in den verschiedenen „Stammtischen“ das Stubenberger Leitbild erarbeitet. Am 13.11.1997 bekannte sich der Gemeinderat zu den Grundgedanken des Leitbildes. Im Stubenberger Boten, einer im Januar 1998 eigens für den Entwicklungsprozeß entstandenen Gemeindezeitung, wurde das Leitbild der Bevölkerung vorgestellt. Den Stubenbergern fehlt aber bisher das gemeinsame Problembewußtsein, so daß auch das Leitbild bisher nur bei wenigen Bürgern eine wünschenswerte Zielvorstellung widerspiegelt.

10. Wie wird eine Bestandsaufnahme durchgeführt?

Die Bestandsaufnahme stellt einen wesentlichen Baustein des Agenda-Prozesses dar. In den ausgewählten Handlungsfeldern werden Stärken und Schwächen der Gemeinde ermittelt. **Wesentlicher Baustein**

Hilfreich für die Durchführung der Bestandsaufnahme ist die Verwendung von Checklisten. Sie ermöglichen ein strukturiertes Vorgehen und ermitteln schnell bestehende Defizite. Geeignete Checklisten können entweder selbst mühevoll erarbeitet oder extern beschafft werden. **Checklisten**

Am besten führen Sie die Bestandsaufnahme mit allen Beteiligten in den Arbeitskreisen durch. Hier kommt es vor allem darauf an, eine Gesprächskultur zu pflegen, wo jeder dem anderen zuhört und dessen Meinung ernst nimmt. Die Kritikfähigkeit aller Beteiligten ist also gefragt, um auch Tabuthemen offen anzusprechen zu können und nicht als Angriff auf die eigene Person zu werten. Vor allem Politiker und Verwaltungsangestellte neigen mitunter dazu, die Situation etwas positiver darzustellen, als sie ist, und sind häufig über Probleme und Anliegen der Bürger nicht ausreichend informiert. Ausgehend von der Stärken-Schwächen-Analyse, können in einem nächsten Schritt Vorschläge für Maßnahmen eingeholt werden, die einerseits bestehende Defizite beseitigen und andererseits gefundene Pluspunkte ausbauen helfen. **Diskussion in Arbeitskreisen**

Die Gemeindeverwaltung hat sich in zwei Informationsveranstaltungen auf das Thema „Agenda 21“ eingestimmt und im Anschluß einen Fragenkatalog mit rund 200 Einzelfragen zur Erfassung der bisherigen Aktivitäten erarbeitet. Die Checkliste ist in 16 Handlungsfelder aufgeteilt und beruht auf dem Leitfaden „Die umweltbewußte Gemeinde“ des bayerischen Umweltministeriums sowie einer Umweltbestandsaufnahme der Gemeinde Bodnegg. Beantwortet wurden die Fragen durch Mitarbeiter der Verwaltung sowie durch den Bürgermeister selbst. Die so durchgeführte Bestandsaufnahme zeigte Schwachstellen in den verschiedenen Handlungsfeldern auf und diente als Ausgangspunkt für die Erarbeitung des Handlungskatalogs. In der geplanten Überprüfung des gesamten Agenda-Prozesses im Frühjahr 2001 sollen jetzt v.a. Umsetzungsschwierigkeiten bei Maßnahmen aufgedeckt werden.



In jeder Netzwerk-Gemeinde findet zusammen mit dem Netzwerk-Arbeitskreis eine detaillierte Bestandsaufnahme in den beiden ausgewählten Handlungsfeldern statt - im moderierten Gespräch auf der Grundlage von standardisierten Checklisten als Gesprächsleitfaden, die gemeindeorientiert angepaßt werden. Die Ergebnisse werden vom externen Berater ausgewertet und mit Einzelinterviews, Literatur- und Internetrecherchen verdichtet sowie anschließend als Plus- und Brennpunktliste mit ersten Maßnahmenideen im Statusbericht dokumentiert. Die Plus- und Brennpunkte zeigen Ansatzpunkte für Maßnahmen zur Optimierung der Situation vor Ort auf.





andere Gemeinden

In den Arbeitskreisen der Gemeinde Kirchdorf im Wald wurden die Bestände zu den gewählten Themen unter breiter Bürgerbeteiligung erhoben, um den Agenda-Prozess von Anfang an transparent und tragfähig zu gestalten.

In Dörverden hat das beauftragte Planungsbüro in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover eine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen und mit Haushalts-, Passanten- und Unternehmensbefragungen „verdichtet“. Gemeinsam mit den Arbeitsgruppen und unter Berücksichtigung der erhobenen Daten wurden sodann Stärken und Schwächen in der Gemeinde aufgezeigt.

In Stubenberg entstand eine Bestandsaufnahme zur Dorfentwicklung. Dazu wurden auch Dokumentationsmaterial der obersten Baubehörde herangezogen sowie Luftaufnahmen vom gesamten Gemeindegebiet eingesehen. Weiter wurden organisatorische Grundlagen erhoben sowie Fragen nach Verbandsaktivitäten, Diensten der gemeindlichen Einrichtungen, touristischen Attraktionen und geschichtlichen Grundlagen gestellt.



Hinweis:

Im Rahmen eines Modellprojekts zur Einführung des Öko-Audits wurden zur Untersuchung kommunaler Handlungsfelder Checklisten aus den Bereichen: Information, Tourismus und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Landschafts- und Naturschutz inkl. Bauleitplanung, Abfall, Energie und Wasser eingesetzt. Sie sind im Internet auf der Homepage der LfU unter www.lfu.baden-wuerttemberg.de abrufbar. Sie können auch für die Bestandsaufnahme der Lokalen Agenda wertvolle Hilfe sein.

11. Wie entsteht ein Aktionsprogramm bzw. ein Maßnahmenkatalog?

Im Aktionsprogramm bzw. im Maßnahmenkatalog werden konkrete Schritte festgelegt, wie nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde gefördert und die Umweltsituation vor Ort verbessert werden können. Bei der Formulierung der Maßnahmen ist die Zusammenarbeit von Politik und Gemeindeverwaltung mit Vereinen, Verbänden und Organisationen sowie den Bürgern gefragt. Jeder soll hier seine Vorschläge und Ideen einbringen, um dann auch Verantwortung dafür zu übernehmen!

**Zusammen
(er-)arbeiten**

Als erster Schritt empfiehlt sich die gemeinsame „Ideensammlung“ im Arbeitskreis. Nehmen Sie alle Ideen und Vorschläge der Teilnehmer und des externen Beraters auf. Gehen Sie dabei vor allem auf die Bereiche ein, wo die Bestandsaufnahme Schwachstellen aufgezeigt hat. Holen Sie dann notwendige Zusatzinformationen sowie Ratschläge von Experten ein, um abzuklären, welche Maßnahmen für Ihren Ort sinnvoll und realisierbar sind.

**Ideensamm-
lung erstellen**

Konkretisieren Sie bei den folgenden Treffen die Ideensammlung mit der freiwilligen Nennung von Verantwortlichen und dem Abstecken eines Zeitrahmens. Am Ende entsteht ein auf Ihre Gemeinde zugeschnittener verbindlicher Maßnahmenkatalog, den alle Beteiligten tragen. Das Aktionsprogramm kann sowohl kleine Maßnahmen, die von den Arbeitskreisteilnehmern in Eigenregie durchgeführt werden, als auch große Projekte mit Investitionsbedarf beinhalten, die als Anregung für Verwaltung und Politik dienen.

**Maßnahmen-
konkretisie-
rung**

Um eine dauerhafte Einbindung der Bevölkerung in den Lokalen Agenda-Prozeß zu gewährleisten, erweist sich die Durchführung **themenorientierter Projekte** als besonders wichtig.

**Konkrete
Projekte**

Spätestens bei der Diskussion um konkrete Maßnahmen tauchen „Killer-Argumente“ auf wie etwa „Das geht bei uns sowieso nicht“, „das hat noch nie funktioniert“ oder „dazu haben wir kein Geld“. Lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen, häufig ergeben sich in der Diskussion im Arbeitskreis unvermutete Möglichkeiten und Wege, v.a. auch durch die ehrenamtliche Bereitschaft einzelner Bürgerinnen und Bürger.

**Killer-
Argumente**

Ausgehend von einem ersten verwaltungsinternen Textentwurf mit Situationsbeschreibung und Zielvorstellungen folgt die Maßnahmenformulierung schrittweise den sieben Schwerpunktthemen. Im Bürgerforum wurden zunächst das Thema „Tourismus, Freizeit und Umweltschutz“ angegangen und in vier Folgetreffen mit drei Untergruppen Maßnahmen und Projekte formuliert. Ein konkretes Projekt war z.B. die Verbesserung der „Radinfrastruktur“, das mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde die Streckenführung optimierte, Beschilderungen erneuerte und zusätzliche Abstellplätze einrichtete. Die Maßnahmenkataloge der Projektgruppen enthalten dabei konkrete Handlungsinitiativen, die wie die Maßnahmenvorschläge des



Langenargen

koordinierenden Bürgerforums in einen Gesamtbericht Eingang finden. Thema war „Lebensqualität durch Nahversorgung“, das im Bürgerforum mit der redaktionellen Gestaltung eines Einkaufsführers für regionale Produkte angegangen wurde. 2000/2001 läuft eine Biotopvernetzung auf Grund einer ortsübergreifenden Bestandsaufnahme mit Unterstützung der örtlichen Naturschutzverbände.



**Gemeinde-
Netzwerk
„Allianz in den
Alpen“**

Ausgehend von den Plus- und Brennpunkten der Bestandsaufnahme sammelte man erste Maßnahmenideen zur Optimierung der Situation vor Ort. Diese Ideen wurden dann weiter konkretisiert, d.h. auf ihre Umsetzbarkeit überprüft sowie Verantwortliche benannt und ein Zeitrahmen abgesteckt.

Das endgültige Maßnahmenprogramm enthält jene Maßnahmen, die sich als realisierbar und konsensfähig in der Gemeinde erwiesen haben. Es sind dies organisatorische Maßnahmen (z.B. Bestimmung eines Presseverantwortlichen), Studien (Aufstellung eines Regionalvermarktungskonzeptes), größere Projekte (Aktualisierung des Landschaftsplans) und infrastrukturelle Baumaßnahmen (z.B. Ortskernberuhigung).



**weitere
Gemeinden**

In der Gemeinde Kirchdorf im Wald wurde ein umfassendes Aktionsprogramm erarbeitet. Das Aktionsprogramm zu den Themen Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Siedlungsökologie, Landschaftsplanung, Tourismus und Energie wird in konkreten Maßnahmen umgesetzt und laufend fortgeschrieben, z.B. das umweltorientierte Tourismuskonzept durch die Gratisbereitstellung eines Mountainbikes gegen den Autoschlüssel des Urlaubers. Dabei wirken Bürger, Verwaltung, Organisationen und Verbände parteispezifisch mit.

In Dörverden diskutierten Arbeitsgruppen die erörterten Schwächen und suchten nach Lösungen. Vorschläge waren schließlich z.B. die Einrichtung eines Bauernmarktes, die Weiterbildung und Informationsvermittlung im Bereich der örtlichen Wirtschaft, die Schaffung von Radwanderwegen oder die Einrichtung eines betreuten Kinderhauses.

In Stubenberg wurden während der Diskussionen um das Stubenberger Leitbild auch Maßnahmen erarbeitet - und dann z.T. bereits umgesetzt (z.B. ein Jugendforum, Ausbau der Kinderspielplätze in Prienbach und Stubenberg), teilweise beschloß der Gemeinderat bestimmte Maßnahmen im Rahmen eines Aktionsplanes für 1998 (z.B. Instandsetzung des alten Schulhauses, Fortführung des Dialogs mit der Jugend im „Jugendparlament“). Seit 1998 kam es zu weiteren Einzelmaßnahmen wie z.B. zur Anlage eines neuen Dorfteiches, trotz sehr angespannter Haushaltslage.

12. Wie finden Sie Verantwortliche, legen Zeitrahmen und Budget für Maßnahmen fest?

Ein Agenda-Prozess endet nicht mit der Fertigstellung eines Katalogs von Maßnahmen. Für deren Umsetzung wollen auch Verantwortliche gefunden werden. Dabei ist nicht nur der Bürgermeister oder die Verwaltung in die Pflicht genommen, sondern auch Vereine und Verbände, Gruppen und Organisationen können Aufgaben übernehmen. Vor allem die Mitarbeit engagierter Bürger sollte nicht mit der Erstellung eines Zielkataloges und eines Maßnahmenprogramms enden - sie sollten dann auch Verantwortung für die eigenen Ideen übernehmen.

Verantwortliche finden

Sinnvoll ist auch, einen realistischen Zeitrahmen für kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen festzulegen. Auf diese Weise werden Prioritäten gesetzt und ein möglicher Fahrplan für die Umsetzung erarbeitet.

Zeitrahmen festlegen

Für Entscheidungen im Gemeinderat ist es notwendig, Personal-, Sach- und Kostenaufwand abzuschätzen sowie die Finanzierung für einzelne Maßnahmen aufzuzeigen. Maßnahmen in der Entscheidungshoheit des Rates können so schneller realisiert werden.

Aufwand abschätzen

Es gelang, neben Verwaltung und Gemeinderat interessierte und betroffene Bürger bereits mit der Auftaktveranstaltung (mit über 200 (!) Teilnehmern) in den gesamten Agenda-Prozess zu integrieren. Hierdurch hat sich über ein gemeinsames Problembewußtsein und die Formulierung von Lösungsvorschlägen auch das Erkennen und Nutzen der eigenen Potenziale dauerhaft etabliert: Viele Bürger waren am Ende motiviert, ihre eigenen Ideen auch eigenverantwortlich umzusetzen, so z.B. die „Tauschbörse“ für Dienstleistungen wie Kinderbetreuung oder Fahrdienste. Andere Aktionen wie die „Fahrradstraße“ kamen gemeinschaftlich mit der Verwaltung zustande. Neue Ideen wie die Teilnahme als „Klimabündnis-Gemeinde“ oder die Profilierung als „Solarkommune“ gingen wiederum ausschließlich von der Arbeitsgruppe „Bauen, Wohnen, Energie“ aus.


Pleidelsheim

Insbesondere für die Maßnahmen der „Handlungsebene“, in Eigenregie des Arbeitskreises organisiert, wurden gezielt Verantwortliche benannt und ein konkreter Zeitrahmen abgesteckt. Durch ihre Einbindung in den gesamten Netzwerk-Prozess und die aktive Mitgestaltung der Maßnahmenprogramme waren immer einige Teilnehmer bereit, ihre eigenen Ideen auch zu realisieren. Die Aufgaben der „Strategieebene“ dienen als Anregung für Gemeinderat und Verwaltung, da dies meist größere Projekte mit Investitionsbedarf sind. Die Maßnahmen werden zudem gemäß ihrer inhaltlichen Priorität durchgeführt.


**Gemeinde-Netzwerk
„Allianz in den Alpen“**

13. Wie werden Aktionsprogramm bzw. Maßnahmenkatalog institutionell verankert?

Gemeinderat mit einbeziehen

Genau wie die gemeinsam erarbeiteten Ziele sollte auch der Maßnahmenkatalog im Gemeinderat verabschiedet werden. Den Katalog kann der Bürgermeister, der Initiator vor Ort oder ein(e) Sprecher(in) des Agenda-Forums bzw. der Arbeitskreise vorstellen. Durch die Verabschiedung im Gemeinderat erhält der erarbeitete Maßnahmenkatalog politische Verbindlichkeit. Außerdem werden auch das Engagement und die Arbeit aller Beteiligten vor der ganzen Gemeinde honoriert.

Bei Maßnahmen, die von Bürgern oder Organisationen in Angriff genommen werden müssen, genügt unter Umständen die Kenntnisnahme des Gemeinderates. Maßnahmen, die die Gemeinde selbst umsetzt und ein gewisses Budget erfordern, muß dagegen der Gemeinderat verabschieden.

Regelmäßig informieren

Ist der Gemeinderat zu keinem Zeitpunkt in die Erarbeitung des Aktionsprogramms eingebunden gewesen, stößt dessen politische Verabschiedung erfahrungsgemäß auf Schwierigkeiten. Eine regelmäßige Information des Rates über den aktuellen Stand des Agenda-Prozesses ist unbedingt erforderlich. Idealerweise sind einzelne Gemeinderatsmitglieder in den Arbeitskreisen vertreten (vgl. Kapitel 8).



Der Gemeinderat hat schon im Dezember 1997 seine Zustimmung zum Agenda-Prozeß gezeigt und als Grundsatzentscheidung dokumentiert. Die begleitende Informierung des Gemeinderates haben zum großen Teil der Bürgermeister und später der Hauptamtsleiter geleistet, die beide regelmäßig an Forums- und Arbeitskreissitzungen teilnahmen. Einige Gemeinderatsmitglieder nahmen aus eigenem Antrieb heraus an der „Zukunftswerkstatt“ sowie zahlreichen Arbeitskreisen teil und haben ihre Gedanken dort mit eingebracht. Über diese Multiplikatoren war bisher die Zustimmung des Gemeinderates zu allen Agenda-Aktivitäten nur noch ein kleiner Schritt. Die anfangs große Skepsis einiger Gemeinderatsmitglieder gegenüber dem „grünen“ Gedankengut und die Angst vor möglichem Kompetenzverlust haben sich mittlerweile gelegt. Der Agenda-Prozeß wird heute als Weg zur partnerschaftlichen Gestaltung einer lebenswerten Gemeinde gesehen und die Maßnahmen werden tatkräftig und finanziell unterstützt.



In fast allen Netzwerk-Gemeinden wurde dem Gemeinderat das gesamte Maßnahmenprogramm zur Kenntnis gebracht und in der vom Arbeitskreis erarbeiteten Form verabschiedet. In einzelnen Netzwerk-Gemeinden wurde das Maßnahmenprogramm nicht sofort vollständig genehmigt, die zu genehmigenden Maßnahmen wurden jedoch im Antragsverfahren dann Zug um Zug verabschiedet.

14. Wie wird die Weiterführung des Agenda-Prozesses sichergestellt?

Für die erfolgreiche Fortsetzung des Agenda 21-Prozesses braucht es geeignete Organisationsstrukturen, die gleichermaßen einfach wie effektiv den Prozeß am Laufen erhalten. **Zielsetzung**

Diese Lenkungsarbeit kann ein sogenanntes Agenda-Forum leisten, wo neben dem Bürgermeister, Mitarbeitern der Verwaltung vor allem die SprecherInnen der Arbeitskreise vertreten sind. Deren Aufgaben sind die Vernetzung der Arbeitskreise, die Sammlung, Aufbereitung und Verteilung von Informationen und Arbeitsmaterialien sowie die konkrete Umsetzungsbetreuung und die Fortschreibung des Aktionsprogrammes. Das Agenda-Forum trifft sich in der Regel vierteljährlich zu einer Einsatzbesprechung. **Agenda-Forum und Koordinationsstelle**

Die administrativen Arbeiten übernimmt hierbei eine an der Gemeindeverwaltung eingerichtete Koordinationsstelle.

Die Arbeitskreise, Initiativen, runden Tische und Projektgruppen können dauerhaft beibehalten werden. Sie bearbeiten Schwerpunktthemen, übernehmen die Konzeption von Maßnahmenvorschlägen und setzen konkrete Projekte um. Denkbar sind regelmäßige etwa vierteljährliche Treffen, bei denen weitere Schritte besprochen, Probleme bei der Umsetzung erörtert und neue Ideen gesammelt werden. **Arbeitskreise beibehalten**

Bestimmen Sie aus Ihren Arbeitskreisen heraus jeweils einen/eine Ansprechpartner(in) für Bürgermeister, Gemeinderat und interessierte Bürger. Der/die Ansprechpartner(in) verfügt über alle relevanten Unterlagen, organisiert und koordiniert weiterhin die Sitzungen der themenbezogenen Arbeitskreise. **Ansprechpartner festlegen**

Für die Fortführung der Agenda 21 in neuen Handlungsbereichen und zur Erläuterung für neu hinzukommende Personen empfiehlt es sich, die bisherige Vorgehensweise und die Erfahrungen kurz und übersichtlich schriftlich festzuhalten. Erläutern Sie wichtige Prozesse wie die Durchführung der Bestandsaufnahme sowie die Erstellung, Umsetzung und Kontrolle des Maßnahmenkatalogs in einfachen und leicht verständlichen Verfahrensanweisungen. Alle relevanten Unterlagen und Dokumente werden am besten in einem Handbuch zusammengefaßt. **Erfahrungen dokumentieren**

Zusätzlich zu seiner Hauptamtstätigkeit ist der Gemeindeforscher für die Koordination des Agenda-Prozesses zuständig, der für die Betreuung der verschiedenen Projekte zeitweise halbtags von einer Verwaltungsangestellten unterstützt wird. Trotz hohem persönlichen Engagement muß die Agenda-Betreuung hinter dem Tagesgeschäft zurückstehen, so daß für die zukünftige erfolgreiche Agenda-Arbeit eine hauptamtliche Stelle wünschenswert wäre.

Als zentrale Arbeitsgruppe wurde ein „Bürgerforum“ eingerichtet, das sich



Langenargen

mit wechselnder Teilnehmerzahl (15-20 Personen) jeweils im Winterhalbjahr gezielt mit einem bestimmten Handlungsfeld auseinandersetzt. Zur Umsetzung konkreter Teilgebiete wurden dann z.B. innerhalb des Themenblocks „Freizeit, Tourismus und Umweltschutz“ drei kleine Projektarbeitsgruppen gebildet. Das Bürgerforum hat sich als passende Arbeitsform für die Situation in Langenargen erwiesen und wird auch als solches beibehalten.



**Gemeinde-
Netzwerk
„Allianz in den
Alpen“**

Der Netzwerk-Arbeitskreis splittet sich erfahrungsgemäß in verschiedene themenbezogene Projektgruppen auf. Das Weiterlaufen des Netzwerk-Prozesses und die Beibehaltung der Projektgruppen gewährleistet eine sogenannte *Kerngruppe* aus insgesamt 3 bis 5 Personen des Arbeitskreises und des Gemeinderates mit Organisationstalent, Weitblick und Ausdauer, Neutralität und Anerkennung in ihrer Gemeinde. Die Hauptaufgaben der Kerngruppe sind: Entwicklung ortsbezogener Schwerpunkte, Vernetzung von Projektgruppen, Erkennung und Beseitigung von Engpässen in der Umsetzung sowie Überprüfung und öffentlichkeitswirksame Aufbereitung von Ergebnissen.

Die Kerngruppe hält Augen und Ohren für die laufende Entwicklung in der Gemeinde offen und trifft sich am besten zweimonatlich zur „Einsatzbesprechung“ und Klärung der Lage. Sie setzt wenigstens zwei Ecktermine jährlich, bei denen sich Kern- und Projektgruppen zum Stand der Arbeiten informieren und auf dieser Grundlage die Ziele und Maßnahmen fortschreiben. Diese Termine liefern straff geführt neue Akzente ohne Zerreden. Als Hilfsmittel kann ein sog. Managementkalender eingeführt werden, der als Jahresübersicht die verschiedenen Aufgaben der Projektgruppen und Arbeitskreismitglieder aufzeigt: auf DIN A 2-Papier ausgedruckt und im Büro der Kerngruppenmitglieder aufgehängt, ist er Blickfang und zeigt immer, wo es langgeht.

15. Welche Rolle spielen offene Kommunikation und begleitende Öffentlichkeitsarbeit?

Ein wichtiges Ziel der Agenda 21 ist es, aktive Bürgerbeteiligung zu fördern. Die Bevölkerung soll dabei in geeigneter Form über die Arbeiten und Entscheidungen in Politik und Verwaltung informiert und zur Mitarbeit motiviert werden. Die Agenda-Arbeitskreise bieten hier für engagierte Bürger und Interessenvertreter eine ideale Plattform zur aktiven Mitgestaltung ihrer Gemeinde. Die Teilnehmer der Arbeitskreise fungieren als Multiplikatoren - sie tragen die in den Arbeitskreisen diskutierten Ergebnisse nach außen und können die Ideen und Bedürfnisse eines Großteils der Bevölkerung in die Arbeitskreise einbringen. Auf diese Weise haben die erzielten Leitziele und Maßnahmenkataloge die größtmögliche Chance auf umfassende Akzeptanz in der breiten Bevölkerung.

Bevölkerung einbinden

Die Vernetzung von Arbeitskreisen funktioniert am besten über gegenseitige umfassende Information und Abstimmung, z.B. über den Austausch der Sitzungsprotokolle. Auch gemeinsame Sitzungen aller Arbeitsgruppen unter dem Dach des Agenda-Forums können z.B. bei der Ausarbeitung des endgültigen Maßnahmenkataloges zielführend sein.

Informationen austauschen

Besonders wichtig ist die regelmäßige Information des Gemeinderates und der Verwaltung. Achten Sie nicht nur zu Beginn des Prozesses auf eine umfassende sachliche Information und Aufklärung, sondern auch über regelmäßige Zwischenberichte der Agenda-Aktivitäten. Wichtige Arbeitsergebnisse sollten im Gemeinderat oder in Ausschüssen diskutiert werden.

Gemeinderat informieren

Die breite Bevölkerung erreicht man am besten über eine umfassende begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Der Prozess kann mit Informationsveranstaltungen zum Thema „Agenda 21“ und „Nachhaltige Entwicklung“ beginnen. Berichten Sie regelmäßig in den lokalen Medien (Rundfunk, Zeitungen und Gemeindeblatt) über die Arbeiten, Aktionen und Ergebnisse. Wichtig ist insbesondere die Veröffentlichung der im Gemeinderat verabschiedeten Leitziele und des Maßnahmenkataloges. Auch lokale Bildungseinrichtungen eignen sich als Multiplikatoren für die Agenda-Gedanken. Durch kleine Aktionen (z.B. Malwettbewerb, Pflanzaktion, Verleih von Strommeßgeräten u.ä.) kann die Motivation der Bürger gesteigert und ihr Interesse geweckt werden. Die Vorstellung der Ergebnisse, wie etwa des erarbeiteten Maßnahmenkataloges, kann in Form eines „Agenda-Festes“ geschehen, mit Ausstellungen, Verkauf von regionalen Produkten, Veranstaltungen für Kinder usw.

Öffentlichkeit herstellen

Für eine bessere Identifizierung der verschiedenen Veranstaltungen und Projekte mit dem Agenda-Geschehen sollte der Lokalen Agenda 21 ein **Namen** gegeben und ein entsprechendes **Logo** erstellt werden. Die unterschiedlichen Signets wurden entweder von der Verwaltung selbst oder von einem Graphikstudio entworfen bzw. im Falle von Essingen von zwei örtlichen Kunstlehrern gestaltet.

Eigenes Agenda-Logo



**Essingen, Pleidelsheim,
Weissach im
Tal, Langen-
argen**

Die Bürgerinformation umfaßte eine konsequente Berichterstattung über Teilergebnisse, nächste Schritte und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger. Diese zeigte einerseits die Fortschritte in der Agenda-Arbeit und motivierte andererseits die Bürger zur Mitwirkung an diesem spannenden Prozeß. Insbesondere das gemeindliche Mitteilungsblatt wurde hier auf intensive Weise mit eigenen Rubriken genutzt. Weiterhin wurde die Lokalpresse zu allen Veranstaltungen eingeladen. In Langenargen hat beispielsweise ein Redakteur alle Sitzungen des Bürgerforums begleitet und eine regelmäßige Berichterstattung gewährleistet.

Weitere gelungene Maßnahmen waren themenorientierte Broschüren, Ausstellungen, Aufkleber des Agenda-Logos, Hinweistafel am Rathaus sowie die Erweiterung des Internetauftritts um einen eigenen „Agenda-Link“. Gezielte „Mitmach-Aktionen“ waren der Büttelgang und die Agenda-Bauwagen-Woche in verschiedenen Ortsteilen in Pleidelsheim.



**Gemeinde-
Netzwerk „Al-
lianz in den
Alpen“**

Die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit wurde international und national organisiert. International gab es Beiträge in Zeitungen, Funk und auch Fernsehen. Auch über ein Faltblatt, den vierteljährlichen Newsletter, den gemeinsamen Internetauftritt und die Sammlung von über 200 positiven Projektbeispielen informierte die Gemeinden alpenübergreifend. Auf Gemeindeebene wurden die Bürger vor allem zu Beginn, nach Abschluß wichtiger Schritte, wie z.B. der Verabschiedung der Leitziele und des Maßnahmenprogramms im Gemeinderat, und nach Abschluß des Projektes informiert. Dabei wurde vor allem über das Gemeindeblatt, aber auch über die lokale und regionale Presse Bericht erstattet. Manche Gemeinden veranstalteten abschließende Bürgerversammlungen oder öffentliche Gemeinderatsitzungen. Während des Projektes dienten die Mitglieder des Arbeitskreises bzw. der Arbeitsgruppen als Multiplikatoren in den Gemeinden. Innerhalb der Arbeitskreise sorgten regelmäßige Protokolle zu den Arbeitssitzungen für notwendige Informationen.



**weitere
Gemeinden**

In der Gemeinde Kirchdorf im Wald wurde der Bevölkerung das Ergebnis in einer allgemein zugänglichen Ausstellung und einem Umweltag vorgestellt. Zusätzlich wurden Informationsversammlungen zu einzelnen Themenbereichen bzw. für einzelne Interessensgruppen veranstaltet.

In Dörverden wurde das Leitbild in einer Bürgerversammlung vorgestellt und abschließend diskutiert. Im Laufe des Jahres, in dem das Planungsbüro den Agenda-Prozeß betreute, fanden auch themenspezifische Informationsveranstaltungen und Beratungen statt.

In Stubenberg wurde ein Gemeindeblatt ins Leben gerufen, in dem dieses das Stubenberger Leitbild und geplante Maßnahmen vorstellte. Das „Handbuch der Gemeinde Stubenberg“ wird jährlich mit den aktuellen Aktionsprogrammen fortgeschrieben und an alle Haushalte verteilt.

16. Fazit: Lokale Agenda (LA 21) in kleinen Gemeinden

Aus den Erfahrungen der fünf Baden-Württembergischen Gemeinden werden folgende **Grundregeln** für den Lokalen-Agenda-Prozess in kleinen Gemeinden gewonnen:

1. Die Lokale Agenda ist Chefsache. Der Bürgermeister fördert sie aktiv.
2. Der Gemeinderat wird frühzeitig informiert und ist in den Agenda-Prozeß eingebunden.
3. In der Verwaltung ist eine Person für die LA 21 verantwortlich (Agenda-Büro)
4. Keine Gemeinde fängt bei Null an: Eine Bestandsaufnahme zu Beginn der LA 21 über bisherige Aktivitäten ist sinnvoll.
5. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit vermittelt praktisch und beispielhaft Begriff und Anliegen der LA 21; sie erfolgt in allen Phasen, auch schon in der Vorbereitungsphase.
6. Die Lokale Agenda verfügt über ein eigenes Logo und eine ständige Berichterstattung in den (gemeindeeigenen) Medien.
7. Vereine und wichtige Persönlichkeiten der Gemeinde werden von Anfang an eingebunden.
8. Die Auftaktveranstaltung ist abwechslungsreich, interessant und bindet Interessierte in die LA 21 ein.
9. Agenda-Arbeitskreise arbeiten in Abstimmung mit dem Agenda-Büro selbstständig, kontinuierlich, ergebnis- bzw. handlungsorientiert und berichten regelmäßig.
10. Die Organisationsstruktur des Agenda-Prozesses gewährleistet den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Agenda-Aktivitäten, Verwaltung und Gemeinderat.
11. Der Agenda-Prozeß konzentriert sich auf wenige Themen bzw. sogar nur einen Schwerpunkt gleichzeitig.
12. Im Mittelpunkt stehen konkrete Projekte und deren Umsetzung, denn "Agenda" heißt: "Was zu tun ist".





**Gemeinde-Netzwerk
„Allianz in den Alpen“ - ein Projekt zur Steigerung der Lebensqualität in den Alpengemeinden**

Mit dem Begriff **Alpen** verbinden wir zuerst Urlaub, Berge und grüne Wiesen, Gletscher, Kuhglocken und Trachten, aber auch Hochwasser, Lawinen, Verkehrschaos oder „Bergbauernsterben“. Genauso vielfältig sind auch Interessen und Ansprüche, die sich auf den Alpenraum konzentrieren. Immer häufiger kommt es hier zu Konflikten, die mit keinem Machtwort gelöst werden können. Es geht also darum, die unterschiedlichsten Interessen an einem Tisch zu vereinen.

Lebensqualität. Zur Steigerung der Lebensqualität nehmen wir uns mehr als nur die Lösung aktueller Konflikte vor. Lebensqualität entsteht am besten in einer offenen und lebendigen Gemeinde. Eine solche Gemeinde hat aktive und eigenverantwortliche Bürger, die stolz auf ihre Gemeinde sind und sich nicht scheuen, Probleme gemeinsam anzupacken. Jeder Betriebsleiter weiß: je motivierter die Mitarbeiter, desto erfolgreicher das Unternehmen. Das ist für Gemeinden nicht anders!

Und genau hier setzt das **Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“** an. Erster Schritt war dabei, über die Leitbilddiskussion herauszufinden, was denn überhaupt die Lebensqualität in einer Gemeinde ausmacht, worauf ihre Bürger stolz sein können und was sie sich für die Zukunft ihres Ortes wünschen. Dies förderte zunächst gemeinsames Ziel- und Problembewußtsein im Netzwerk-Arbeitskreis, das aber mit seinen Multiplikatoren die Gedanken um das Finden und Nutzen der eigenen Stärken in die Gemeinde hinausgetragen hat. Mit dem Netzwerk-Arbeitskreis schafften sich die Netzwerk-Gemeinden ein dauerhaftes Forum, wo jeder Bürger ernst genommen und seine Kreativität gebraucht wird. Die Bürger interessieren sich gegenseitig für ihre Ansichten und Ideen und wecken damit Verständnis für Bestehendes und Begeisterung für Neues. Ein Ruck geht durch die Gemeinde, wo alle Bürger an einem Strang ziehen und alte Gegensätze besiegen. Chancengleich und solidarisch suchen sie nach tragfähigen Lösungen, die in handfesten Maßnahmenprogrammen ihren Niederschlag finden.

Das Gemeinde-Netzwerk machte die Teilnehmer-Gemeinden „fit“ für die Zukunft und zeigt ihnen Wege auf, wie sie

- die Potentiale der Gemeinde entdecken und nutzbar machen;
 - die Gemeinde mit ihren natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen funktionsfähig erhalten;
 - Engagement und Identifikation der Bürger für ihren Ort wecken;
 - eine zunehmende Zahl an Aufgaben trotz enger werdender finanzieller Spielräume lösen können;
 - die Beziehungskultur in Politik, Wirtschaft und privatem Umgang umfassend erneuern;
 - Konflikte bewältigen und das gegenseitige Verständnis stärken;
- den Austausch unter den Bewohnern und die lokale Zusammenarbeit verbessern.

Das Zitat eines Bürgermeisters faßt den entstehenden Effekt so zusammen: „Das Netzwerk-Projekt ist die beste Möglichkeit, aufwendige und gemeindespaltende Bürgerentscheide zu vermeiden“ – welcher Bürgermeister wünscht sich das nicht?

17. Anhang

1. Ansprechpartner und Adressen



**Die „kleinen“
Beispiel-
gemeinden**

Gemeinde Baienfurt

Frau Lenkeit, Bürgermeisteramt - Bauverwaltung, Marktplatz 1, 88255 Baienfurt

Gemeinde Essingen

Herr Kuhn, Bürgermeisteramt - Hauptamt, Rathausgasse 9, 73457 Essingen

Gemeinde Langenargen am Bodensee

Herr Gemeindeinspektor Moser, Bürgermeisteramt - Hauptamt, Obere Seestr. 1, 88085 Langenargen

Gemeinde Pleidelsheim

Herr Strobanek, Herr Brenner, Umweltamt, Marbacher Str. 5, 74385 Pleidelsheim

Gemeinde Weissach im Tal

Herr Scharer, Agenda-Büro, Kirchberg 2-4, 71554 Weissach im Tal

Gemeinde Dörverden

Herr Brokdorf, Umweltbeauftragter, Große Straße 80, 27313 Dörverden, bzw. bzgl. Entwicklungsstudie „Dörverden 2020“: Frau Böhm, Agentur „Mensch & Region“, Lindener Marktplatz 9, 30449 Hannover

Gemeinde Kirchdorf im Wald

Erster Bürgermeister Herbert Altmann bzw. Herr Döringer, Marienberger Straße 3, 94261 Kirchdorf im Wald

Gemeinde Stubenberg

Bürgermeister Wilhelm Hammelstein, Hofmark 14, 94166 Stubenberg, bzw. Dipl.-Ing. Architekt Werner Grützner, ehrenamtlicher Bearbeiter des „Stubenberger Modells“, in engem Kontakt mit Ministerien bzw. Gremien, Viktor-Scheffel-Str. 19, 80803 München

Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“
"Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“
1. Vorsitzender des Vereins Bürgermeister Rainer Siegele, Alte Schulstr. 7, A - 6841 Mäder bzw.
URL: <http://www.alpenallianz.org>

Administrative Projektkoordination

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen,
Ministerialrat Franz Hinterstoißer, Rosenkavalierplatz 2, 81292 München

Fachliche Projektkoordination

Alpenforschungsinstitut gemn. GmbH, Dr. Peter Eggenberger,
Kreuzeckbahnstraße 19, 82467 Garmisch-Partenkirchen bzw.
URL: <http://www.alpenforschung.de>

Stadt Füssen

Rolf Tschirschnitz, Leiter Umweltamt, Lechhalde 3, 87629 Füssen

Gemeinde Pfronten

Bürgermeister Josef Zeislmeier, Allgäuer Str. 6, 87459 Pfronten

Gemeinde Oy-Mittelberg

Bürgermeister Wolfgang Hützler, Hauptstr. 28, 87466 Oy-Mittelberg

Gemeinde Großweil

Bürgermeister Franz-Xaver Wild, Kocheler Str. 2, 82439 Großweil

Gemeinde Oberammergau

Andreas Eitzenberger, Umweltbeauftragter, Schnitzlergasse 5, 82487 Oberammergau

Gemeinde Schliersee

Erster Bürgermeister Toni Scherer, Rathausstr. 1, 83727 Schliersee

2. Literaturhinweise



Agenda 21

Der gesamte Text der Agenda 21 kann kostenlos bezogen werden beim Bundesumweltministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin, fon 01888-305-0, fax 01888-305 20 44, e-mail: oea-1000@bmu.de. Dort sind auch weitere Materialien zu diesem Thema erhältlich, am besten fordern Sie das Verzeichnis „Unsere Publikationen“ dort an.

Leitfäden der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU)

Folgende Leitfäden sind kostenlos über das Agenda-Büro der LfU, Postfach 21 07 52, 76157 Karlsruhe, fon 0721-983-1406, fax 0721-983-1414, e-mail agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de zu beziehen bzw. als pdf-Format im Internet unter URL: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/> abrufbar:

Lokale Agenda 21 - Ein Leitfaden: ausführliche Literaturliste, Ausführungen zu Agenda 21 und Nachhaltigkeit sowie wichtige Dokumente wie die „Charta von Aalborg“

Einstiegsinfo Lokale Agenda 21 - in kleinen Gemeinden: Gibt auf 6 Seiten einen Überblick mit praktischen Beispielen und Erfolgen für die Agenda-Arbeit in kleinen Gemeinden

Arbeitsmaterialien der LfU

Zusätzliche Informationen und Arbeitshilfen bieten die folgenden Arbeitsmaterialien, die ebenfalls kostenlos über das LfU zu beziehen bzw. als pdf-Format im Internet unter URL: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/> abrufbar sind:

- Nr. 1 Übertragung des Öko-Audits auf Kommunen und Verwaltungen
- Nr. 2 Öffentlichkeitsarbeit für die Lokale Agenda
- Nr. 3 Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg - Dokumentation des Kongresses vom 17.11.98
- Nr. 4 Übersicht Kommunen und Übersicht Landkreise
- Nr. 6 Einstieg in die Lokale Agenda in Weissach im Tal
- Nr. 7 Einstieg in die Lokale Agenda in der kleinen Gemeinde Pleidelsheim
- Nr. 8 Bürgerforen Friedrichshafen
- Nr. 9 Erste Erfahrungen: Lokale Agenda in kleinen Gemeinden
- Nr. 10 Erarbeitung und Umsetzung von Agenda-Projekten
- Nr. 11 Lokale Agenda im Verbund kleiner Gemeinden
- Nr. 12 Wasser in der Lokalen Agenda 21
- Nr. 13 Wald in der Lokalen Agenda 21
- Nr. 14 Öko-Audit für Tourismusgemeinden
- Nr. 15 Einbindung der Wirtschaft in die Lokale Agenda 21
- Nr. 16 Moderationshilfe für die Lokale Agenda 21
- Nr. 17 Weiterentwicklung der Lokalen Agenda 21

Die umweltbewußte Gemeinde - Leitfaden für eine nachhaltige Kommunalentwicklung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen

in zwei Sammelordnern. Diese sehr ausführlichen Ordner enthalten Handlungskonzepte, Maßnahmenvorschläge, Beispiele und auch Checklisten für die Umweltpolitik vor Ort. Bezug über: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, Referat Umwelt und Wirtschaft, Rosenkavalierplatz 2, 81292 München. Preis: DM 85,-- zzgl. DM 10,-- für Porto und Verpackung

sowie einführende Informationen zum Leitfaden „Die umweltbewußte Gemeinde“ aus der Reihe „Umweltschutz in Bayern“ kostenlos unter gleichlautender Bezugsadresse.

Gemeinde-Netzwerk „Allianz in den Alpen“ - Ein Praxisleitfaden mit Beispielen

herausgegeben vom Alpenforschungsinstitut gemn. GmbH, Kreuzeckbahnstr. 19, 82467 Garmisch-Partenkirchen, bzw. begleitende Checklisten und Präsentationsmaterialien unter URL: <http://www.alpenforschung.de>, Fachgebiet Kommunalentwicklung und Kommunales Umweltmanagement.